



## GUT FÜR ALLE

### Koalition beschließt Haushalt 2014

Man kann Wetten abschließen: Darüber, wie die Opposition im Marburger Stadtparlament den Haushalt 2014 bewertet. Die sich selbst so nennenden „Linken“ werden kritisieren, dass abermals versäumt wurde, durch eine kräftige Erhöhung der Gewerbesteuer ihre Wunschkonzerte zu ermöglichen. Von Seiten der so genannten bürgerlichen Opposition wird darauf hingewiesen, dass die Stadt Marburg über ihre Verhältnisse lebe und „kräftige“ Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen für Kultur, Bildung, soziale Unterstützung und vieles andere mehr notwendig seien. Ob die Reaktionen so sein werden, können Sie selbst sehen – beim Schreiben dieser Zeilen ist der Haushalt noch nicht im Parlament verabschiedet.

Tatsache ist: Auch für das kommende Jahr wird ein ausgeglichener Haushalt vorliegen. Marburg wird auch in Zukunft selbst bestimmen können, wie wir das gute Zusammenleben und die Entwicklung der Stadt voranbringen.



**Steffen Rink**  
Fraktionsvorsitzender

Kein Schutzschirm und auch kein Haushaltskonsolidierungskonzept des Regierungspräsidenten wird in die Stadt hineinregieren.

#### ■ *Rot-grün investiert in die Stadtentwicklung*

Noch immer gibt es manche, die behaupten, ohne den Umbau der Stadthalle ginge es allen besser. Wir haben die Stadthalle immer als eigenständiges Projekt behandelt, das nicht auf Kosten anderer Investitionen geht. Auch das bildet sich im Haushalt für 2014 ab: Wir investieren weiter deutlich in die Sanierung von Schulen, in die Erneuerung von Straßen, in den sozialen Wohnungsbau, in die Fertigstellung des Bahnhofsvorplatzes. Wir erhalten die Infrastruktur, und Ginseldorf und Michelbach sind für 2014 zur Versorgung mit schnellem Internet fest eingeplant; dann folgen die anderen Außenstadtteile.

**Fortsetzung auf Seite 2**

#### Zur Sache

*Liebe Leserinnen und Leser,*

der Monat Dezember war eine politisch spannende Zeit: Die SPD hat über die Große Koalition abgestimmt, in Wiesbaden gehen CDU und Grüne zusammen, in Marburg haben wir den Haushalt und damit den Rahmen für unser Handeln für das nächste Jahr abgesteckt. Viel ist in Bewegung. Die Erwartungen sind hoch. Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind unsere Grundwerte. Die Stärkung der kommunalen Finanzen ist eine Notwendigkeit. Wir sehen uns mit vielen Anforderungen und Bedarfen konfrontiert. Politik ist mehr denn je gefordert, unterschiedliche Interessen abzuwägen, in Einklang zu bekommen, das Machbare zu tun und trotzdem mit Visionen den Weg in die Zukunft vorzuzeichnen. Für die Marburger SPD-Fraktion sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die Leitlinien.

Wir möchten uns bei allen bedanken, die uns in unserer Arbeit im abgelaufenen Jahr unterstützt haben, und hoffen, dass wir auch in Zukunft einen erfolgreichen Dialog führen.

Ihnen allen wünschen wir ein gutes, gesundes und von Glück erfülltes neues Jahr 2014!

*Ihre Marburger SPD-Fraktion*  
**Steffen Rink, Vorsitzender**

#### Inhalt

Gut für alle	
Koalition beschließt Haushalt 2014	<b>1</b>
Arbeitskreis Wirtschaft, Arbeit, Tourismus & Uni	<b>2</b>
Jeder einzelne zählt	
Flüchtlinge nicht vergessen	<b>3</b>
Familienbüro	<b>3</b>
Tarifänderungen beim Busfahren	<b>4</b>
Mehr Wissen!	<b>4</b>

Fortsetzung von Seite 1

■ *Rot-grün investiert in sozialen Zusammenhalt und das Gemeinwesen*

Eine gute Kinderbetreuung steht für die SPD und die rot-grüne Koalition ganz oben auf der Tagesordnung. Wir wollen unseren Beitrag für gute Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten. Die Koalition setzt im Haushalt 2014 zusätzliche Akzente dort, wo Hilfe am nötigsten ist: Für Menschen, die unverschuldet in Not geraten, zum Beispiel in der Sucht- und Schuldnerberatung. Für Kinder, die Unterstützung brauchen, zum Beispiel für den Kinderschutzbund. Einen besonderen Akzent hat die SPD-Fraktion in diesem Jahr auf die Förderung der Musik- und Konzertvereine gelegt.

■ *Wir erwarten Entlastung*

Die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD im Bund setzt wichtige Signale: Die Kommunen sollen bei sozialen Leistungen entlastet werden. Viel zu lange wurden Aufgaben auf die Kommunen abgeschoben. Auch die künftige hessische Landesregierung muss sich dieser Anforderung stellen: Es gibt eine Gesamtverantwortung des Staates, für die nicht allein die Städte und Gemeinden aufkommen dürfen. Ein aktuelles Beispiel: Der öffentliche Nahverkehr, sprich: die Busse, die in der Stadt fahren, können auf Dauer nicht aus dem städtischen Haushalt querfinanziert werden. Wir wollen unseren Beitrag leisten, aber Bund und Land müssen das ihre dazutun. Es kann nicht sein, dass rund vier Millionen Euro Defizit für den Stadtbusverkehr bei den Stadtwerken abgelegt werden.

Es gibt viele andere Bereiche, wo Bund und Land in gleicher Verantwortung für die Städte stehen. Deshalb gilt auch für 2014: Auch wenn wir in Marburg im Vergleich zu anderen Kommunen gut dastehen, werden auch bei uns die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Für die rot-grüne Mehrheit, die in der Verantwortung steht, bedeutet das, im Einzelfall auch unpopuläre Entscheidungen treffen zu müssen. Nicht alles geht sofort. Aber wir haben ein Ziel: ein starkes Gemeinwesen, ökologische Verantwortung, eine lebenswerte Stadt.

## Der Arbeitskreis „Wirtschaft, Arbeit, Tourismus & Universität“ stellt sich vor



Marburgs wirtschaftliche Situation lässt sich derzeit gut vorzeigen: steigende Gewerbesteuererinnahmen, prosperierende Unternehmen und eine gute Infrastruktur, die stetig ausgebaut wird, sind eine solide Grundlage.

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, verstärkt die Themen „Wirtschaft, Arbeit, Tourismus & Universität“ auf der kommunalpolitischen Ebene einzubringen.

Grundidee ist es, dass in unserem Arbeitskreis fachkundige Verwaltungsangestellte, FachdienstleiterInnen, sachverständige BürgerInnen und weitere Interessierte zusammenkommen und über die anstehenden Großprojekte, Herausforderungen und Entwicklungen im wirtschaftlichen Umfeld der Stadt beraten und informieren.

Seitdem wurden Themen und mehrere Anträge mit neuen Konzepten etwa für den Tagungsbereich in der Stadt Marburg erarbeitet.

In Zukunft sollen offene Arbeitsgruppen neue Beteiligungsmodelle der direkten Mitbestimmung aller interessierten MitbürgerInnen ermöglichen. Mit konkreten Zeitvorgaben sollen in wenigen Sitzungen klare Ziele verfolgt werden.

Im kommenden Jahr werden zum Beispiel folgende Themenfelder im Mittelpunkt stehen:



*Schaker Hussein  
Vorsitzender des  
Arbeitskreises Wirtschaft, Arbeit, Tourismus & Universität*

- Tourismus: TOuR GmbH & MTM, Positionierung als Tagungsstadt, Leitbild der Universitätsstadt, Sehenswürdigkeiten, Erreichbarkeit des Schlosses, Entwicklung Museen, ...
- Infrastruktur: Glasfaser, Telekom, Stromnetze, Studentenwohnungen, Parkplätze, RMV (Marburg-Karte), BuGa 2027, ...
- Handel: MAK, Oberstadt, Werbekreise, Gutenberg-Center, ...
- Wirtschaftsförderung: MAK, BIDs, Stadtmarketing, Region MR-Plus, Region Marburger Land, ...
- Stadtentwicklung: Campus, Stadthalle, Weidenhausen, Biegenstraße, Stellplatzsatzung (Parkplätze), Nordstadt, ...
- Erholung & Gesundheit: Naherholung, Region Marburger Land, Botanischer Garten (alt & neu), ...
- Universität: Cluster, Positionierung, Entwicklung, Uni-Klinikum, Partikeltherapie, ...

Dies sind erkennbar wichtige und diskussionswürdige Bereiche, die eine rege Beteiligung wünschenswert sein lassen.

Wer Interesse gefunden oder weitere Fragen hat, kann sich gerne bei der Fraktion melden:

[spd-fraktion-marburg@t-online.de](mailto:spd-fraktion-marburg@t-online.de)



## Jeder einzelne zählt

### Flüchtlinge nicht vergessen

Die regelmäßigen Flüchtlingsdramen von Lampedusa führen die Absurdität der europäischen Flüchtlingspolitik vor Augen: Europa will mehr sein als eine Wirtschafts- und Währungsunion, steht für Menschenrechte ein und trotzdem erleiden Menschen in höchster Not einen grauenvollen Tod an den europäischen Außengrenzen.

Rund 800 Flüchtlinge leben in Marburg. Asylbewerber, Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, Menschen, die aus humanitären Gründen nicht in ihre Heimatländer „zurückgeführt“ werden dürfen, weil ihnen dort Gefahr für Leib und Leben droht.

„Ich war ein Fremder, und ihr habt mich aufgenommen...“ Niemand verlässt seine Heimat freiwillig. Niemand will in dem Land, das Aufnahme gewährt, von Sozialleistungen abhängig sein.

Es ist gut, dass sich die Stadtverordnetenversammlung immer wieder für Humanität, Menschenrechte und Integration einsetzt, weil es Menschen betrifft, die unsere Nachbarn sind.

### ■ Unterstützung für die Integration von Flüchtlingen

Im Sommer hat sich die rot-grüne Koalition dafür stark gemacht, dass die Netzwerke für die Unterstützung von Flüchtlingen auch weiterhin finanziert werden. „Bleib in Hessen“, auch in Marburg aktiv, bietet soziale Hilfe und Förderung auf dem Arbeitsmarkt an. Die Proteste gemeinsam mit vielen Städten und Verbänden ha-

ben Erfolg gehabt: Die Netzwerke, dezentral organisiert, werden auch in Zukunft aus Mitteln der EU und der Bundesregierung gefördert. Gut ist auch, dass die neue Bundesregierung die Arbeitsverbote für Flüchtlinge lockern will. Schon jetzt kann die Hälfte derjenigen, die in Sprachkursen und anderen Maßnahmen gefördert werden, auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Nichts entwürdigt mehr, als an den Rand der Gesellschaft gestellt zu werden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich auf Initiative der rot-grünen Koalition ebenfalls dafür eingesetzt, dass die sogenannte Optionspflicht für Kinder nichtdeutscher Eltern abgeschafft wird. Kein junger Erwachsener soll gezwungen werden, sich für die eine oder andere Seite entscheiden zu müssen. Das soll jetzt Gesetz werden.

### ■ Optionspflicht abschaffen, doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen

Die doppelte Staatsbürgerschaft widerspricht nicht der Integration, im Gegenteil: Migrantinnen und Migranten leben oft zwischen zwei Welten. Heimat macht sich nicht an der Staatsbürgerschaft fest, sondern am gelebten Miteinander. Bieten wir allen Menschen eine Heimat!

Vor einigen Wochen erstrahlte das Rathaus in grünen Farben. „Städte gegen die Todesstrafe“. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Auch das ist Marburg.

## Familienbüro Marburg

### Guter Rat für Familien ...

So vielfältig wie die Problemlagen von Familien sind, so umfangreich und verschieden sind die Anbieter und deren Angebote, die es in Marburg für Familien gibt. Doch kaum jemand überblickt alle Angebote und nicht immer führt die Suche der Betroffenen zum Erfolg. Besonders Neubürger/innen haben hier Probleme sich zu orientieren. Wen kann ich wonach fragen? Wer hilft mir weiter? Was ist, wenn auch die dritte Stelle keinen Rat weiß?

Mit dem BIP – dem Beratungsbüro für Pflege – haben wir ein gutes Modell, schnell und unbürokratisch die richtige Hilfe dem Rat-suchenden zu bieten. Egal, ob die Familie in den Ferien eine Kinderbetreuung oder einen U3-Platz sucht, das Problem der Kurzzeitpflege für Oma akut ist, Fragen nach Elternzeit und Elterngeld beantwortet werden sollen, nach Erziehungsberatung oder Frühförderung gefragt wird, der Haushalt während der Erkrankung eines Elternteils versorgt werden muss.

### ■ Anlaufstelle für viele Fragen rund um die Familie

Ein Familienbüro mit einer Anlaufstelle, einer Website, einer Telefonnummer – so die Vorstellung der SPD-Fraktion – kann kurzfristig zur richtigen Stelle vermitteln, also ein Auskunftsbüro für alle Familienfragen sein.

Ein solches zentrales Familienbüro hätte auch noch einen interessanten Nebeneffekt: es werden Fragen auftauchen, die nicht so schnell oder gar nicht beantwortet werden können, weil doch noch das eine oder andere Angebot fehlt. So könnten die Leistungen und auch Angebote zukünftig weiter verbessert werden. Familie hat Zukunft in Marburg.



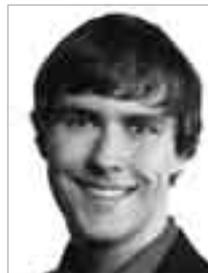
**Ulrich Severin**  
Sozialpolitischer Sprecher

# Tarifänderungen beim Busfahren

Günstig im öffentlichen Personennahverkehr fahren ist möglich



In der Tagespresse wurde bereits von den Fahrpreiserhöhungen im RMV-Gebiet und insbesondere in den Sonderstatusstädten (demnach auch in Marburg) berichtet. Zur Info: In Marburg gibt es jetzt nur noch 2 Preisstufen.



**Dominic Dehmel**  
Stadtverordneter  
aus Michelbach

## ■ Vereinfachung durch weniger Preisstufen

Die Innenstadt wird die Stadtpreisstufe 1 bekommen, so dass eine Einzelfahrkarte 2,10 Euro kostet. Die Preisstufe 2 gilt für die äußeren Marburger Stadtteile und wird 2,35 Euro in der Einzelfahrt kosten. Auf den ersten Blick erscheinen diese Summen unverständlich hoch, doch wenn man sich eine Tageskarte (Preisstufe 1 = 4,10 Euro und Preisstufe 2 = 4,60 Euro) anschaut, dann sieht man, dass diese schon günstiger ist, als zwei Einzelfahrscheine. Wenn man nun in der Woche 6 Fahrten in der Preisstufe 1 vornehmen wollte (was 3 Hin- und Rückfahrten bedeutet), dann würde sich schon eine Wochenkarte anbieten.

Bei den Monatskarten ist die Ersparnis noch größer.

## ■ Sparen durch Mehrfachfahrkarten

So kann man bereits ab 20 Einzelfahrten (10 Hin- und Rückfahrten) eine Monatskarte bezahlen. Das System ist mit etwas höheren Werten bei der Preisstufe 2

ähnlich – wobei hier nun der Vorteil besteht, dass man zum Beispiel aus den westlichen Stadtteilen in die östlichen, also etwa von Michelbach nach Schröck, für 2,35 Euro fahren kann, da eine Preisstufe wegfällt. Der RMV will mit seiner Preispolitik die regelmäßigen Nutzer gewinnen. Im Vergleich zu den bisherigen Preisen gibt es deshalb in diesem Angebotssegment nur eine moderate Erhöhung.

Alle Fahrkarten – auch anderer Preisstufen (zum Beispiel bei einer Fahrt von Michelbach nach Frankfurt) können übrigens direkt beim Busfahrer oder an Fahrkartensautomaten erworben werden.

## Zur näheren Erläuterung eine Gegenüberstellung:

Fahrschein	Preisstufe 1 (neu ab 12/2013)	Preisstufe 2 (neu ab 12/2013)
<b>Einzelfahrt</b>	2,10 Euro	2,35 Euro
<b>Tageskarte</b>	4,10 Euro (lohnt sich bei 2 Einzelfahrten schon)	4,60 Euro (lohnt sich bei 2 Einzelfahrten schon)
<b>Wochenkarte</b>	12,40 Euro (lohnt sich bei 6 Einzelfahrten schon)	19,10 Euro (lohnt sich bei 9 Einzelfahrten schon)
<b>Monatskarte</b>	42,00 Euro (lohnt sich bei 20 Einzelfahrten schon)	65,00 Euro (lohnt sich bei 28 Einzelfahrten schon)

# Mehr Wissen!

In Marburg wird viel über Bürgerbeteiligung diskutiert. Das ist gut so. Daher unterstützt die SPD-Fraktion auch ein Projekt der Bertelsmann-Stiftung, in Marburg neue, repräsentative Formen der Bürgerinnen-Beteiligung zu entwickeln.

Manchmal gerät aber in Vergessenheit, dass Parteien und Fraktionen nicht nur dazu da sind, Beschlüsse im Parlament abzusegnen. Im Gegenteil: Die SPD-Fraktion hat aus vielen Gesprächen – nicht zuletzt bei ihren **Fraktion-vor-Ort-Besuchen** – heraus Initiativen ins Parlament eingebracht, Fragen gestellt und Lösungen vorangebracht. In den Arbeitskreisen von Partei und Fraktion ist viel Sachverstand versammelt. Hier werden die Themen diskutiert, die die Stadtgesellschaft bewegen.

Um Diskussionen auf eine solide Grundlage zu stellen, haben Fraktionen die Möglichkeit, Große Anfragen an den Magistrat zu stellen. So hat die SPD-Fraktion durch eine Große Anfrage zur Kinderarmut in Marburg dafür gesorgt, dass wir jetzt besser wissen, wo Probleme sind. Eine weitere große Anfrage beschäftigt sich mit der Oberstadt: Was wurde in den letzten Jahren getan, welche Kosten entstehen für weitere Maßnahmen, wer ist verantwortlich?

Beteiligen auch Sie sich an den Diskussionen in der Fraktion und mit den Stadtverordneten! Wir stehen gerne dafür zur Verfügung.

## Impressum

### Herausgeber und verantwortlich

Die Marburger  
SPD-Fraktion  
Biegenstraße 33  
35037 Marburg  
Telefon (06421) 16990-14  
Telefax (06421) 16990-18



[www.spd-fraktion-marburg.de](http://www.spd-fraktion-marburg.de)  
[spd-fraktion-marburg@t-online.de](mailto:spd-fraktion-marburg@t-online.de)

### Gestaltung und Satz

EigenArt – Thomas Neutze  
und Gabriele Rudolph

**Fotos** Dominic Dehmel, fotoART-  
Marburg, fotolia, Schaker Hussein,  
Michael Müller

### Druck Druckhaus Marburg

Gedruckt auf Recyclingpapier  
aus 100% Altpapier

